

Satzung des Fördervereins „Gesamtschule im Gartenreich“ e.V.

§ 1 Name, Sitz

- (1) Der Verein führt den Namen „Förderverein „Gesamtschule im Gartenreich“ e.V.“ und ist in das Vereinsregister Stendal unter der Registernummer VR 2202 eingetragen.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Oranienbaum.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Zweck des Vereins ist die ideelle und materielle Förderung der Gesamtschule im Gartenreich, deren gemeinnützigen Schulträger und ihrer Schüler sowie die Unterstützung bei der Umsetzung des Schulkonzeptes. Die Förderung kann durch die zweckgebundene Weitergabe von Mitteln erfolgen, aber auch dadurch, dass der Verein selbst Kosten der geförderten Körperschaft übernimmt und trägt. Eine materielle Förderung kann insbesondere erfolgen durch die Gewährung eines zinslosen Darlehens an die Eltern, zum Erwerb der gemäß Schulvertrag zu entrichtenden Genossenschaftsanteile an die Gesamtschule im Gartenreich e.G.. Hat der Schulträger die gesamte bzw. anteilige Schulgeldermäßigung bewilligt, übernimmt der Verein die Zahlung der gesamten bzw. anteiligen laut Satzung der Genossenschaft festgesetzten Genossenschaftsanteile.
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (3) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch Maßnahmen, für die öffentliche Mittel nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stehen:
 - a. Ergänzung der Lehr- und Lernmittel,
 - b. Ermöglichung sonstiger, den Bildungszielen der Schule dienender Anschaffungen,
 - c. Förderung von Arbeitsgemeinschaften und Gemeinschaftsveranstaltungen der Schule,
 - d. Bereitstellung von Zuschüssen
 - zur Ausgestaltung der Schulräume und
 - zu den Veranstaltungen, die dem unmittelbaren Interesse der Schule dienen, oder den engeren Kontakt zwischen Eltern, Schülern, ehemaligen Schülern und der Schule zum Ziele haben,
 - e. Hilfe für bedürftige Schüler in besonderen Situationen
 - f. Unterstützung anderer, im Interesse des Schulbetriebes und des Lebens in der Schulgemeinschaft förderungswürdiger Anliegen.
- (4) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (6) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins in nachstehender Reihenfolge an:
 - a. Die gemeinnützige Genossenschaft „Gesamtschule im Gartenreich“ e.G..
 - b. Die Stadt Oranienbaum – mit der Maßgabe - diese unmittelbar und ausschließlich für Bildungszwecke einzusetzen.
- (7) Alle Inhaber von Vereinsämtern sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Auf Antrag können Vorstandsmitglieder im Rahmen der haushaltsrechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten für Zeitor Arbeitsaufwand eine jährliche, pauschale und angemessene Tätigkeitsvergütung bis zur gesetzlichen Höchstgrenze nach § 3 Nr. 26a EStG erhalten. Die Mitgliederversammlung beschließt in jedem Einzelfall über die Gewährung der Vergütung, insbesondere der Dauer und Höhe nach.

§ 3 Geschäftsjahr und Rechnungslegung

- (1) Nach Gründung bis zum 31.12.2012 war das Geschäftsjahr das Schuljahr. Das erste Rumpfgeschäftsjahr endete am

31.07.2009. Das letzte Rumpfgeschäftsjahr endete am 31.12.2012. Ab 01.01.2013 ist das Geschäftsjahr des Vereins das Kalenderjahr.

- (2) Der Vorstand hat bis zum 31. März jedes Jahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss aufzustellen.
- (3) Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt durch den/die von der Mitgliederversammlung bestimmten Kassenprüfer(in) der/die nicht Mitglied des Vorstandes ist.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann Jede natürliche und juristische Person werden. Über den schriftlichen Antrag entscheidet der Vorstand. Dieser kann einzelne Mitglieder des Vorstandes mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betrauen.
- (2) Gegen den ablehnenden Bescheid des Vorstandes, der mit Gründen zu versehen ist, kann der Antragsteller Beschwerde erheben. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats ab Zugang des ablehnenden Bescheids in Textform beim Vorstand einzulegen. Über die Beschwerde entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet
 - a. mit dem Tod des Mitglieds;
 - b. durch freiwilligen Austritt;
 - c. durch Streichung von der Mitgliederliste;
 - d. durch Ausschluss aus dem Verein.
- (2) Der freiwillige Austritt erfolgt durch Erklärung in Textform gegenüber einem Mitglied des Vorstandes. Er ist nur zum Schluss eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zulässig.
- (3) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens drei Monate verstrichen und die Beitragsschulden nicht beglichen sind. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.
- (4) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vorstand oder in Textform zu rechtfertigen. Eine Stellungnahme des Betroffenen in Textform, ist in der Vorstandssitzung zu verlesen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes bekanntzumachen. Gegen den Ausschlussbeschluss des Vorstandes, steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung. Die Berufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschlussbeschlusses beim Vorstand in Textform eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat der Vorstand innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung über die Berufung einzuberufen. Geschieht das nicht, gilt der Ausschlussbeschluss als nicht erlassen. Macht das Mitglied von dem Recht der Berufung gegen den Ausschlussbeschluss keinen Gebrauch oder versäumt es die Berufungsfrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschlussbeschluss mit der Folge, dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

- (1) Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Durch die Mitgliederversammlung können Aufnahmegebühren und Umlagen festgesetzt werden. Die Höhe des Jahresmitgliedsbeitrags und dessen Fälligkeit, werden von der Mitgliederversammlung bestimmt.
- (2) Die Mitgliedsbeiträge sind zu Beginn des Geschäftsjahres gültig.
- (3) Die Beitragszahlung soll nach Möglichkeit durch Bankeinzugsverfahren erfolgen.
- (4) Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a. der Vorstand
- b. der Beirat
- c. die Mitgliederversammlung.

§ 8 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins besteht aus 5 Personen, nämlich
 - a. dem/der Vorsitzenden
 - b. dem/der 1. stellvertretenden Vorsitzenden
 - c. dem/der 2. stellvertretenden Vorsitzenden
 - d. dem/der Schatzmeister(in)
 - e. dem/der Schriftführer(in).
- (2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorstand vertreten. Der Vorstand wird
 - a. durch die/den Vorstandsvorsitzende/n und ein weiteres Vorstandsmitglied oder
 - b. durch eine/n stellvertretende/n Vorstandsvorsitzenden und ein weiteres Vorstandsmitglied vertreten.

Zu Rechtsgeschäften mit einem Wert von mehr als 250,00 Euro bedarf es der Zustimmung des Gesamtvorstandes. Die rechtsgeschäftliche Beschränkung des Vorstandes gilt nur im Innenverhältnis.

§ 9 Die Zuständigkeit des Vorstandes

- (1) Der Vorstand ist für die Angelegenheit des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:
 - a. Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnungen;
 - b. Einberufung der Mitgliederversammlungen;
 - c. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
 - d. Aufstellung eines Haushaltsplanes für jedes Geschäftsjahr; Buchführung; Erstellung eines Jahresberichtes;
 - e. Beschlussfassung über Aufnahme, Streichung und Ausschluss von Mitgliedern;
 - f. Beschluss über die materielle Förderung, von Schülern, denen eine Schulgeldermäßigung gewährt wurde, in Form eines zinslosen Darlehens in Höhe der zu entrichtenden Genossenschaftsanteile gemäß des Schulvertrages.
- (2) Der Vorstand ist verpflichtet, in allen wichtigen Angelegenheiten die Meinung des Beirates einzuholen.
- (3) Der Vorstand ist ermächtigt durch Beschluss Vereinsordnungen zu erlassen. Vereinsordnungen dürfen insbesondere zur Regelung der Durchführung von Versammlungen, Sitzungen und Tagungen der Organe des Vereins, der Rechte und Pflichten der Mitglieder, der Vereinsfinanzen, der Führung, Verwaltung und Organisation des Vereins und seiner Tätigkeitsbereiche erlassen werden. Die Vereinsordnungen sind nicht Satzungsbestandteil und dürfen der Satzung nicht widersprechen. Im Zweifel gelten die Regelungen der Satzung. Vereinsordnungen können von der Mitgliederversammlung mit einer einfacher Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen geändert oder aufgehoben werden.

§ 10 Amtsdauer des Vorstandes

- (1) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, vom Tag der Wahl an gerechnet, gewählt; er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder.
- (2) Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des/der Ausgeschiedenen. Diese Wahl muss bei der nächsten Mitgliederversammlung durch diese bestätigt werden. Mindestens vier Mitglieder des Vorstands, darunter der/die Vorsitzende oder der/die stellvertretenden Vorsitzenden, müssen jedoch durch die Mitgliederversammlung gewählt sein. Ansonsten ist durch eine außerordentliche Mitgliederversammlung der gesamte Vorstand neu zu wählen.

Satzung des Fördervereins „Gesamtschule im Gartenreich“ e.V.

§ 11 Beschlussfassung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die von dem/der Vorsitzenden, bei dessen/deren Verhinderung von dem/der stellvertretenden Vorsitzenden, in Textform einberufen werden. In jedem Fall ist eine Einberufungsfrist von einer Woche einzuhalten. Die Einberufung ist mit einer Tagesordnung zu versehen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 Vorstandsmitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder der/die stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters/der Leiterin der Vorstandssitzung. Die Vorstandssitzung leitet der/die Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der/die stellvertretenden Vorsitzende in Rangfolge. Die Beschlüssen des Vorstands sind zu Beweiszwecken in ein Beschlussbuch einzutragen und von dem/der Sitzungsleiter(in) zu unterschreiben. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
- (2) Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 12 Der Beirat

- (1) Dem Beirat gehören kraft Amtes
 - a. der/die Schulleiter(in) der Gesamtschule im Gartenreich;
 - b. ein/e durch den Schulleiternrat gewählte/r Elternvertreter/in,
 - c. ein/e Vertreter/in der Genossenschaft „Gesamtschule im Gartenreich“ e.G.
 - d. ein/e Vertreter/in der Schülerschaft bzw. im Verhinderungsfall deren Stellvertreter/in, die vorher benannt werden, an.Die Mitglieder des Beirates sind zu den Vorstandssitzungen in Textform einzuladen.
- (2) Der Beirat berät den Vorstand und hat das Recht, Vorschläge für die Mittelverwendung zu machen.

§ 13 Die Mitgliederversammlung

- (1) In der Mitgliederversammlung hat Jedes Mitglied – auch ein Ehrenmitglied – eine Stimme. Eine Vertretung der Mitglieder ist nicht zulässig.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a. Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das nächste Geschäftsjahr; Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes; Entlastung des Vorstandes;
 - b. Festsetzung der Höhe und Fälligkeit des Jahresbeitrages;
 - c. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, sowie zweier Rechnungsprüfer(innen);
 - d. Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
 - e. Beschlussfassung über die Beschwerde gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrages, sowie über die Berufung gegen einen Ausschlussbeschluss des Vorstandes;
 - f. Ernennung von Ehrenmitgliedern für besondere Leistungen zugunsten des Vereins. Ehrenmitglieder sind ordentlichen Mitgliedern gleichgestellt.
- (3) Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte zwei Rechnungsprüfer(innen), die die Jahresrechnung des Vorstandes prüfen und der Mitgliederversammlung darüber berichten. Ihr Prüfungsbericht ist bis zu der Mitgliederversammlung, in der über die Entlastung des Vorstandes entschieden wird, spätestens jedoch drei Monate nach dem Ende des Geschäftsjahres abzuschließen. Als Kassenprüfer(in) kann nicht gewählt werden, wer Vorstandsmitglied ist.
- (4) In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstandes fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereiches die Meinung der Mitgliederversammlung einholen.

§ 14 Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr, möglichst in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres, soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen in Textform unter Angabe der Tagesordnung durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Oranienbaum-Wörlitz oder deren Rechtsnachfolger einberufen. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

§ 15 Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von dem/der stellvertretenden Vorsitzenden in der Rangfolge oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den/die Leiter(in). Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlleiter oder Wahlausschuss übertragen werden.
 - (2) Der/die Protokollführer(in) wird von dem/der Versammlungsleiter(in) bestimmt, zum/zur Protokollführer(in) kann auch ein Nichtmitglied bestimmt werden.
 - (3) Die Art der Abstimmung bestimmt der/die Versammlungsleiter(in). Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.
 - (4) Die Mitgliederversammlung ist grundsätzlich öffentlich.
 - (5) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
 - (6) Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht. Zur Änderung der Satzung und zur Auflösung des Vereins ist jedoch eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
 - (7) Für Wahlen gilt Folgendes: Hat im ersten Wahlgang kein(e) Kandidat(in) die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten/Kandidatinnen statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben. Besteht auch nach einer Stichwahl noch Stimmgleichheit, so entscheidet das Los.
 - (8) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von dem/der Versammlungsleiter(in) und dem/der Protokollführer(in) zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten:
 - a. Ort und Zeit der Versammlung,
 - b. die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers,
 - c. die Zahl der erschienenen Mitglieder,
 - d. die Tagesordnung,
 - e. die einzelnen Abstimmungsergebnisse und
 - f. die Art der AbstimmungBei Satzungsänderungen soll der genaue Wortlaut angegeben werden.
- ## **§ 16 Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung**
- Anträge aus den Reihen der Mitglieder sind spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung dem Vorstand in Textform mit kurzer Begründung einzureichen. Gehen die Anträge später ein, können sie u.U. als Dringlichkeitsantrag behandelt werden, wenn sie von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit anerkannt werden. Der Vorstand entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob fristgemäß gestellte Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie müssen es, wenn sie die Unterstützung von mindestens 1/3 der Vereinsmitglieder haben.
- ## **§ 17 Außerordentliche Mitgliederversammlungen**
- Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel aller Mitglieder in Textform

unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§12,13,14 und 15 entsprechend.

§ 18 Auflösung des Vereins und Anfallsberechtigung (Anmerkung: Anfallsberechtigung siehe §2 Abs. 6)

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der im §14 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der/die Vorsitzende und der/die 1. stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 19 Wirksamkeit der Satzung

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Beschluss oder Änderungen der Satzung unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkung der Zielsetzung der Satzung am nächsten kommt.

§ 20 Satzungsänderungen

Eine Änderung der Satzung kann nur durch eine Mitgliederversammlung beschlossen werden. Bei Einladung ist die vorgesehene Änderung im Wortlaut mitzuteilen.

- (1) Über die Änderung der Satzung nach § 33 Abs. 1 S. 1 BGB entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der von den erschienenen Mitgliedern abgegebenen gültigen Stimmen.
- (2) Über die Änderung des Vereinszwecks nach § 33 Abs. 1 S. 2 BGB entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der von den erschienenen Mitgliedern abgegebenen gültigen Stimmen.

§ 21 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung wurde von der Mitgliedschaft der Gründungsversammlung am 09. Mai 2009 in Oranienbaum mit der erforderlichen Einstimmigkeit beschlossen und tritt sofort nach Eintragung in das Vereinsregister in Kraft

Förderverein „Gesamtschule im Gartenreich“ e.V.

Die Satzung ist errichtet am 09.05.2009 mit Nachtrag vom 04.09.2009 und vom 13.11.2009.

Vorstehendes ist am 16.02.2010 unter der Register-Nummer VR 2202 in das Vereinsregister Stendal eingetragen worden.

Die Mitgliederversammlung vom 26.03.2010 hat die Änderung der §§ 2 (Zweck des Vereins) und 9 (Die Zuständigkeit des Vorstandes) der Satzung beschlossen. Diese Änderung wurde am 10.05.2010 ins Vereinsregister Stendal eingetragen.

Die Mitgliederversammlung vom 17.10.2013 hat Änderungen der Satzung in den §§ 1 (Name, Sitz), 2 (Zweck des Vereins), 3 (Geschäftsjahr und Rechnungslegung), 4 (Erwerb der Mitgliedschaft), 5 (Beendigung der Mitgliedschaft), 6 (Mitgliedsbeiträge), 8 (Der Vorstand), 9 (Die Zuständigkeit des Vorstandes), 10 (Amtsdauer des Vorstandes), 11 (Beschlussfassung des Vorstandes), 12 (Der Beirat), 13 (Die Mitgliederversammlung), 14 (Die Einberufung der Mitgliederversammlung), 15 (Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung), 16 (Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung), 17 (Außerordentliche Mitgliederversammlung), 18 (Auflösung des Vereins und Anfallsberechtigung (Anmerkung: Anfallsberechtigung siehe § 2 Abs. 6)), 19 (Wirksamkeit der Satzung) und 20 (Satzungsänderung) beschlossen. Diese Änderung wurde am 28.11.2013 ins Vereinsregister eingetragen.